

13. 11. 79
3. Jahrestag
Brokdorf II

Brokdorf-Prozeß-Info

Nr. 6

Fortsetzung des Prozesses am 26. + 27. 11. 79 Schleswig

Kontakte:

Prozeßgruppe Brokdorf c/o
Paulsen, Arentsee,
2211 Brokdorf, Tel. 04858/538

Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU
Hamburg c/o Laden, Lutteroth-
str. 33, 2000 Hamburg 19,
Tel. 040/402782



Kommt zum Brokdorf- Prozeß. Es ist wichtig!

- um klar zu machen, daß die Kläger nicht alleine stehen, sondern auch für uns alle vor Gericht stehen. Erinnern wir uns :
Am 26.10.76 wurde in einer Nacht- und Nebelaktion mit dem Bau des AKW Brokdorf begonnen. Damit wollte die Landesregierung zwei Fliegen einer Klappe schlagen :
sie wollte die zur Industrialisierung des Unterelberaumes benötigten riesigen Energiemengen bereitstellen und gleichzeitig die Interessen der westdeutschen Atomindustrie nach einem Markt für ihre AKW's befriedigen. Der Preis, den wir dafür zahlen sollten, hat die Landesregierung nicht gekümmert : ihr war die weitere ökologische Zerstörung des Unterelberaumes egal,

sie hat sich um die Bedrohung der Menschen durch ein AKW keine Sorgen gemacht.
Deshalb haben wir damals durch unseren Widerstand, der in mehreren Demonstrationen mit Bauplatzbesetzungsversuchen seinen Höhepunkt hatte, die Einstellung der Bauarbeiten erzwungen :
Die Verwaltungsgerichte erließen einen Baustopp. Zweieinhalb Jahre später, im Sommer 1979, haben die Erbauer und Betreiber (KWU und HEW/NWK) sich plötzlich an das Verwaltungsgericht gewandt und eine rasche Durchführung des Hauptverfahrens verlangt. Treibende Kraft ist die KWU, die nach der Einschränkung des Atomprogrammes der Bundesregierung und dem Verlust von Auslandsgeschäften gewaltige Überkapazitäten für den Bau von AKW's hat. Der wirtschaftliche Druck, unter

dem die KWU steht, wurde in der 1. Prozeßrunde immer wieder deutlich :

Hauptsächlich die Anwälte der Erbauer und Betreiber waren es, die die Aussagen der Behörden-Gut(!)-achter zu unterstützen versuchten und den Prozeß durchzupeitschen versuchten, während die Anwälte der Landesregierung auch mit einer längeren Prozeßpause einverstanden waren. Stoltenbergs Landesregierung fürchtet nämlich bei einer Aufhebung des Baustopps ähnliche Auseinandersetzungen wie im Winter 76/77 und möchte deshalb auch die Rücken-deckung durch einen SPD-Bundesparteitagsbeschuß haben.

- um klar zu machen, daß wir einen Weiterbau auf keinen Fall hinnehmen werden. Die alte Parole "Kein Baubeginn vor Gerichtsentscheid" kann jetzt nicht mehr gelten, denn Brunsbüttel und Harrisburg haben gezeigt, daß AKW's nicht sicher sein können und die Erörterungs- und Gerichtstermine haben gezeigt, daß es Behörden und Gerichten nicht um eine sachliche Entscheidung, sondern um die Durchsetzung der Interessen der Atomindustrie geht.

- um im Prozeßsaal eine Stimmung zu schaffen, die es dem Gericht und der Gegenseite unmöglich macht, die Kläger abzuwürgen, wenn sie ihre Argumente, ihre Interessen und ihre Betroffenheit in den Prozeß einbringen, denn immer, wenn die Kläger ihre Argumente und ihre Betroffenheit in den Prozeß eingebracht haben, wurden die Interessengegensätze besonders deutlich. Deshalb haben Gericht und Gegenseite an solchen Stellen in der 1. Prozeßrunde versucht, die Kläger abzuwürgen, was ihnen aufgrund der geringen Öffentlichkeit leider zu oft gelungen ist.

Dieses Thema stellt sich aus der Sicht einer Klägerin folgendermaßen dar :

Da sitzen sie nun wieder, die "unabhängigen" Experten. Zum zigten Male gutachten sie nun schon nach eingeübtem Programm :
Laßt uns für das eintreten, wo unser Geld herkommt!

Sie reden von Störfallphilosophie, schätzen, vermuten und hoffen. Ein verwirrendes Zahlenspiel (Zahlen erwecken immer dem Eindruck von Exaktheit) soll ihren Aussagen den nötigen Grad an Wissenschaftlichkeit verleihen. Da tut man sich schwer, beinahe ekelte man sich, als ein klagender Fischer Aale mit Krebsgeschwüren auf den Richtertisch legt. Sie, die uns am genauesten etwas über den Zustand der Elbe sagen könnten, läßt man sofort von Justizbeamten forträumen.

Das Gericht nennt es Beweisaufnahme, dieses groteske Schauspiel. Während wir noch im Saal sitzen und über Risiken und die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls diskutieren, hat er sich draußen schon längst ereignet. (HARRISBURG, BRUNSBÜTTTEL)
Ich habe diese Trixereien satt. Nicht durch unsere guten Argumente, nicht durch unseren verbalen Protest haben wir damals einen Teilerfolg vor Gericht errungen. Wir müssen dem Gericht klar machen, daß wir nicht als Bittsteller zur Verhandlung nach Schleswig kommen. Aus unserem Teilerfolg muß ein voller Erfolg werden. Und der wird nicht von unseren Argumenten, sondern von unseren Aktionen abhängen. Die Gerichte vergleichen nicht kritische und unkritische Gutachten, um sich dann eine "unabhängige" Meinung zu bilden. Sie sind abhängig vom Druck der öffentlichen Meinung. Es liegt also an uns!!

Wir, die wir stellvertretend für viele vor Gericht stehen, brauchen die aktive Solidarität all derer, die mit uns radikal für die Erhaltung des Lebens und der Grundwerte kämpfen.

Monica Paulsen
Arentsee 4
2211 Brökdorf

Kommt alle nach
Schleswig – nicht
nur Prozeßbesuch ist
wichtig, sondern auch
Aktionen !

Wir werden auf jeden Fall alles versuchen, damit möglichst viele Leute in den Prozeß reinkommen. Die Leute, die dennoch nicht reinkommen, sollten dann Aktionen in Schleswig machen. Deshalb :
Bereitet euch alle darauf vor, Schleswig in eine Anti-AKW-Stadt zu verwandeln. Möglichkeiten gibt es viele : Transparente in der Stadt und vor dem Gericht, Plakate, Info-Tische, Flugblätter, Parolen, Straßentheater

Kontaktstelle in Schleswig :

BI Schleswig c/o Britta Thams, Rathausmarkt 16,
2380 Schleswig, 04621 / 28 116.

Sprecht euch mit Leuten in eurer Region ab, versucht euch mit anderen Gruppen zu koordinieren!

Stand des Prozesses

In der ersten Prozeßwoche vom 1.-5.10.1979 wurden die Sachverständigen befragt, die im Genehmigungsverfahren die behördlichen Gutachten erstellt hatten. Es wurden Gutachten zu folgenden Themen erörtert: Radiologie (Strahlenbelastung im Normalbetrieb), Hochwasserschutz, Meteorologie, Baugründung, Sonderlastfälle (Erdbeben, Flugzeugabsturz, Gastankerexplosion) und Anlagenkonzept (Reaktorsicherheit). Bei diesen Befragungen sind viele lebenswichtige Punkte offengeblieben, bzw. wurde klar, daß die schwerwiegendsten Fälle außer Acht gelassen wurden (z.B. das Zusammenschmelzen des Reaktorkerns bei einem Unfall).

Diese Punkte werden von Seiten der Kläger in Form von Beweisanträgen in den Prozeß eingebracht werden. Wenn das Gericht es mit einer gewissenhaften Klärung der in den Beweisanträgen genannten Punkte ernst meint, wird es den Beweisanträgen stattgeben müssen. Das würde dann bedeuten, daß zu diesen Punkten Beweis erhoben werden müßte, z.B. durch neue Gutachten. Das Verfahren müßte dann entsprechend bis zum Vorliegen der Gutachten vertagt werden.

Worüber verhandelt werden wird

Das Gericht hat Anfang des Monats eine (vorläufige) Tagesordnung für die kommende Runde beschlossen. Es soll demnach über folgenden Punkte verhandelt werden:

1. Klagebefugnis (insbesondere betreffs der Gemeinden), Umfang der Klagebefugnis
2. Umfang, in dem das Gericht das gesamte AKW-Projekt überprüfen muß.
3. Erörterung von Fragen, die für die Entscheidung über die scheidung über die Beweisanträge ausschlaggebend sind:
 - a) Begriff des Standes von Wissenschaft und Technik
 - b) Bedeutung von Verwaltungsvorschriften
 - c) Bedeutung der Strahlenschutzverordnung bezüglich der Grenzwerte und des Grundsatzes, die Belastungen "so gering wie möglich" zu halten.
4. Erörterung von Standortfragen
 - Synergismen (Zusammenwirken Chemie/Strahlung)
 - Schiffsverkehr
 - Zusammenfassung der Standortfragen aus der ersten Runde

5. Zusammenfassende Erörterung der in der ersten Teilerrichtungsgenehmigung (1.TEG) genehmigten Bauarbeiten und des Konzeptes, soweit die gerichtliche Überprüfung im Rahmen der 1.TEG erforderlich erscheint
6. Entsorgung, Zulässigkeit und Begründetheit der Klagen.

Wie wir die Auseinandersetzung vor Gericht

führen wollen

Unsere Ziele dabei sind:

- Aufzeigen von Widersprüchen und Entlarvung der "Argumente" der Gegenseite
- Aufzeigen der Interessengegensätze zwischen Bevölkerung und Atomindustrie
- Mobilisierung
- Zeitgewinn, um Widerstand zu entfalten

Das heißt, daß die Kläger ihre Interessen und ihre Betroffenheit selbst und offensiv einbringen werden. Weiter heißt das, daß wir vor allem am 3. Punkt der Tagesordnung die Auseinandersetzung besonders offensiv führen werden, denn an diesem Punkt entscheidet sich fast der gesamte Prozeß. Der Begriff des Standes von Wissenschaft und Technik (Punkt 3.a), b) und c) ergeben sich daraus) ist dabei von zentraler Bedeutung. Im Atomgesetz steht, daß die "nach dem Stand von Wissenschaft und Technik notwendige Vorsorge gegen Schäden getroffen sein muß". Es ist also entscheidend, wer den besagten Stand festlegt. Das Gericht versucht hier einen formalen Ausweg zu finden, in dem es z.B. sagen kann, daß nach Stand von Wissenschaft und Technik keine schwerwiegenden Unfälle betrachtet werden müssen, als nach RSK-Leitlinie (RSK= Reaktorsicherheitskommission des Bundesinnenministeriums) vorgesehen ist, und daß das AKW deswegen sicher genug ist, egal, ob Katastrophen eintreten können oder nicht. (Der größte in den RSK-Leitlinien betrachtete Unfall ist ein Kühlmittelverluststörfall, ein Kernschmelzunfall ist z.B. nicht betrachtet. Harrisburg war ein sehr glimpflich verlaufener Kernschmelzunfall, der dennoch einige hundert zusätzliche Krebsfälle als Spätfolge haben wird!)

Mit so einer Begründung würde das Gericht dann unsere Beweisanträge auf der formalen Ebene ablehnen. Deswegen, und weil die Punkte in den Beweisanträgen enorm wichtig sind und weil eine Ablehnung der Beweisanträge einen für uns negativen Urteil den Weg bereiten würde, werden wir versuchen, das Gericht dazu zu bringen, über die Beweisanträge während der mündlichen Verhandlung und nicht auf schriftlichem Wege, wie das auch möglich ist, zu entscheiden.

Worauf wir uns alle jetzt vorbereiten müssen

Es ist zu erwarten, daß das Gericht den Baustopp aufhebt. Deswegen müssen die AKW-Gegner sich schon jetzt vorbereiten, sofort nach der Urteilsbegründung

verkündung darauf angemessen zu reagieren.

Auf einem landesweiten Arbeitstreffen

Beratungstreffen der schlesw.-Holst. Bürgerinitiativen am 10.11. wurden einige Aktionsformen vorgeschlagen und die BI's aufgefordert, darüber zu diskutieren und sich darüber eine Meinung zu bilden:

- anknüpfend an die erfolgreichen Aktionen von 1976 eine

1976 eine Großdemonstration am Bauplatz

- Aktionen, die den Bau konkret verhindern, bzw. gegen die Einrichtungen der Betreiber gerichtet sind.

Die Ergebnisse der Diskussion in den BI's sollen auf der nächsten Landeskonferenz (nach der kommenden Prozeßrunde, Termin zu erfragen beim Arbeitskreis Brokdorf, c/o Lars Hennings, Dorfstr. 19, 2209 Krempdorf) zusammengetragen werden.

Karten

bekommt man beim Verwaltungsgericht Schleswig, Gottorfstr. 2, 2380 Schleswig, 04621 / 86 271
Montags von 10.00 - 13.00.

Obwohl das Gericht versucht, Leute abzuwimmeln, sollten viele Leute Karten fordern und auch kommen, wenn sie keine Karte bekommen haben, denn

1. kann trotzdem noch Platz sein und
2. soll Schleswig zu einer Anti-AKW-Stadt werden

Die SPD und die Atomkraft

Im Vorfeld des Bundesparteitages der SPD in Berlin hat es eine Reihe von Landesparteitagsbeschlüssen gegeben, die vorsehen, keine weiteren Bau- und Betriebsgenehmigungen für AKW's zu erteilen und die in Betrieb befindlichen nach einer Übergangszeit stillzulegen. So schön das auch klingt, wir mißtrauen dem aufs tiefste: Diese Beschlüsse wurden - bis auf Hamburg in Bundesländern gefaßt, in denen die SPD in der Opposition ist, (und eine Mehrheit ist für diese Beschlüsse auf dem Bundes-

parteitag nicht in Sicht) so daß eine Verwirklichung also nicht anstand. Und in Hamburg? Hier hatte es der SPD-Senat in der Hand, den Beschluß sofort umzusetzen und die HEW anzuweisen, sich aus dem Bau von Krümmel und dem Brokdorf-Prozeß zurückzuziehen. Doch obwohl der Beschluß schon vor über sechs Wochen gefaßt wurde, ist nichts geschehen. Diese Untätigkeit des Senats hat aber auch bei der SPD-Basis noch keinen Protest ausgelöst. Wenn diejenigen, die diesen Beschluß in der Hamburger SPD durchgesetzt haben, ihre Glaubwürdigkeit erhalten wollen, dann müssen sie auf die sofortige Umsetzung dieses Beschlusses drängen und zu erzwingen versuchen, daß die HEW sich vor der kommenden Verhandlungsrunde aus dem Brokdorf-Prozeß zurückzieht. Ein weiteres Schweigen der Hamburger SPD zur Untätigkeit des Senats fassen wir als Billigung auf und begreifen den Parteitagebeschuß als taktisches Manöver, um Teile der Anti-AKW-Bewegung für die SPD zu ködern.

Unsere Meinung über die Experten der Gegenseite:

B. Brecht, Leben des Galilei
Epilog der Wissenschaftler

Und wie er das Werk begonnen
Haben wir es fortgeführt
Tiefgebückt und hochgesonnen
Grenzenlos und eingeschnürt.
Kommandierend die Gestirne
Knieend vor den Obrigkeiten
Tragen wir zu Markt unsere Gehirne
Unserer Leiber Notdurft zu bestreiten.
So, verachtet nur von oben
Und verlacht zumeist von unten
Haben wir der Weltengloben
Große Formeln ausgefunden.
Stetig größer wird das Wissen
Und es wird die Knechtschaft größer.
Wahrheit wird zum Leckerbissen
Und zum Büttel der Erlöser.
In den neuen Eisenzügen
Zu der neuen Schiffe Hafen
Fahren, ihnen zu genügen
Sklavenhalter nur und Sklaven.
Sklaven nur und Sklavenhalter
Fliegen ihnen
In den jungen Flugmaschinen
Durch der Himmel blaues Alter.
Denn sie widmen feig der Schröpfung
Einer Menschheit ihre Schöpfung
Bis die letzte alles wendet
Bis die Gnomische
Weiße, Atomische
Sie und uns alle endet.

Termine: Prozeßbeginn 26. 11. 10⁰⁰ Gr. Saal
des Oberlandesgerichts, Schleswig, [evtl. Weiterverhandlung] 23. + 30. 11.
Veranstaltungen: Mo. 19. 11. 19³⁰ Hamburg/Ottensen, Laden
An der Reitbahn; 19³⁰ Quickborn, Ort erfragen unter 04106/4708; 20⁰⁰
Krempe, Gasthof vor dem Grevenkoper Tor; Do. 20. 11. 19³⁰ Bremen, Konsul-Hackel-Haus
Girkestr.